



AMTSBLATT DER STADT DINSLAKEN

Amtliches Verkündungsblatt

8. Jahrgang

Dinslaken, 29.05.2015

Nr. 10

S. 1 - 2

Inhaltsverzeichnis

- **Bekanntmachung des Umlegungsausschusses der Stadt Dinslaken
hier: Vereinfachte Umlegung U 40 „Kirchstraße III“**
- **Bekanntmachung des Geologischen Dienstes Nordrhein-Westfalen
hier: Durchführung von Geländeuntersuchungen (Kartierungen) im Zeitraum
Juni bis Dezember 2015**

Öffentliche Bekanntmachung

des Umlegungsausschusses der Stadt Dinslaken

Vereinfachte Umlegung U 40 „Kirchstraße III“

I.

Der Beschluss des Umlegungsausschusses der Stadt Dinslaken über die vereinfachte Umlegung U 40 „Kirchstraße III“ vom 02.04.2015 ist am 18.05.2015 bzgl. der Grundstücke Gemarkung Hiesfeld, Flur 17, Flurstücke 623, 625 und 626 unanfechtbar geworden.

II.

Mit dieser Bekanntmachung wird gemäß § 83 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung der bisherige Rechtszustand durch den im Beschluss über die vereinfachte Umlegung U 40 vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt. Die Bekanntmachung schließt die Einweisung der neuen Eigentümer in den Besitz der zugeteilten Grundstücke gemäß Ziffer I. ein.

Das Eigentum an den zugeteilten Grundstücken, Nutzungen, Belastungen und Gefahren gehen auf die neuen Eigentümer über. Mit dieser Bekanntmachung werden die im Beschluss über die vereinfachte Umlegung festgesetzten Geldleistungen fällig.

Die Berichtigung des Grundbuchs und des Liegenschaftskatasters wird bei den zuständigen Behörden veranlasst. Bis zur Berichtigung des Grundbuchs kann der Beschluss über die vereinfachte Umlegung beim Umlegungsausschuss der Stadt Dinslaken -Geschäftsstelle-, Technisches Rathaus, Hünxer Straße 81, 46537 Dinslaken, Zimmer 170, während der Dienststunden eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist jedem gestattet, der ein berechtigtes Interesse darlegt.

III.

Gegen diese Bekanntmachung kann gemäß § 217 BauGB innerhalb von 6 Wochen, von dem auf diese Bekanntmachung folgenden Tag an gerechnet, Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden. Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Umlegungsausschuss der Stadt Dinslaken - Geschäftsstelle -, Technisches Rathaus, Hünxer Straße 81, 46537 Dinslaken einzureichen.

Der Antrag muss den Verwaltungsakt bezeichnen, gegen den er sich richtet. Er soll die Erklärung, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten wird, und einen bestimmten Antrag enthalten. Er soll die Gründe sowie die Tatsachen und Beweismittel angeben, die zur Rechtfertigung des Antrages dienen.

Wird die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten oder eines Vertreters versäumt, so wird dessen Verschulden dem vertretenen Beteiligten zugerechnet.

Über den Antrag entscheidet das Landgericht Düsseldorf – Kammer für Baulandsachen -.

Dinslaken, 18.05.2015
**Umlegungsausschuss
der Stadt Dinslaken**
Der Vorsitzende

gez. Reiterer

L.S.



Kartierungen des Geologischen Dienstes NRW

Der Geologische Dienst Nordrhein-Westfalen in Krefeld - ein Landesbetrieb im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW - wird Arbeiten für die **geowissenschaftliche Landesaufnahme** durchführen.

Zeitraum	Juni – Dezember 2015
Kreis	Wesel
Stadt/Gemeinde/Kreis	Dinslaken

Die mit den Untersuchungen Beauftragten sind auf Grund des § 2 des Lagerstättengesetzes vom 04.12.1934 (RGBl. S. 1223) in der Fassung vom 10. November 2001 (BGBl. S. 2992) auch ohne vorherige Anmeldung berechtigt zum Betreten von Grundstücken, zur Vornahme von Untersuchungsarbeiten sowie zum Zutritt zu Erdaufschlüssen wie Aufgrabungen, Abgrabungen und Steinbrüchen. Sie legitimieren sich hierbei durch Dienstaussweise.

Diese geologische Bestandsaufnahme des Untergrundes ist Teil landesweiter Untersuchungen. Die gewonnenen Daten werden ausgewertet und in die Fachinformationssysteme Geologische Karte, Hydrogeologische Karte und Rohstoffgeologische Karte eingearbeitet. Sie stehen als Grundlagen-information für zukünftige Planungen zur Verfügung und geben Auskunft über den Aufbau, die Zusammensetzung, die Eigenschaften und das Verhalten des Untergrundes.

Im Rahmen der Kartierarbeiten sind kleine Handbohrungen notwendig. In Ausnahmefällen müssen Sondierbohrungen bis zu 30 m Tiefe durchgeführt werden. Wenn Privatgrundstücke für diese Sondierbohrungen in Anspruch genommen werden sollen, werden die Eigentümer rechtzeitig informiert. Dabei wird auf privatwirtschaftliche Belange und die derzeitige Nutzung der Grundstücke Rücksicht genommen. Etwaige durch die Inanspruchnahme entstehende Schäden werden nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen ersetzt.

Es wird gebeten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geologischen Dienstes NRW bei der Erledigung ihrer Arbeiten im Dienste der Allgemeinheit zu unterstützen.